



V.i.s.d.P.:

DPoIG Baden-Württemberg
Kernerstr. 5, 70182 Stuttgart

Telefon 0711/245141
Telefax 0711/2361053

E-Mail: info@dpolg-bw.de
Internet: www.dpolg-bw.de

Stuttgart, 20.11.2015

M e d i e n - I n f o

**zum Abschluss des 20. Landeskongresses
der Deutschen Polizeigewerkschaft**

Sicherheit, Freiheit, Bürgerrechte – Ohne uns läuft nichts!

In der Landeshauptstadt drehte es sich in diesen Tagen um wichtige Fragestellungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Vom 19.-20. November fand im Hotel Maritim der 20. Landeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Baden-Württemberg statt. Bei den turnusmäßig stattgefundenen Landeskongress wurden auch Neuwahlen des Landesvorstandes abgehalten. Der langjährige Landesvorsitzende Joachim Lautensack übergab nach zwölf Amtsjahren die Geschäfte in jüngere Hände. Mit einem überzeugenden Ergebnis wählten die rund 250 Delegierten aus allen Landesteilen den Pforzheimer Ralf Kusterer (53) zum neuen Landesvorsitzenden. Mit Ralf Kusterer an der Spitze ist die DPoIG Baden-Württemberg in guten und erfahrenen Händen. Oliver Auras (53) aus Eislingen/Fils vom Polizeipräsidium Reutlingen, Jürgen Engel (37) aus Gingen/Fils vom Polizeipräsidium Einsatz und Daniel Jungwirth (38) aus Lauchheim vom Polizeipräsidium Aalen, zu gleichberechtigten Stellvertretern des Landesvorsitzenden gewählt.

Die Delegierten beschäftigen sich am ersten Veranstaltungstag mit den von den Gewerkschaftern erkannten Defiziten in der Sicherheitsstruktur des Landes, erarbeiten Lösungen und stellen in einer „Stuttgarter Erklärung“ klare Forderungen an die Verantwortlichen der

Politik. Überschattet von den jüngsten Terroranschlägen in Paris und wachsender Terrorgefahren waren die für den Landeskongress angesetzten Themen aktueller und brisanter denn je. Neben einer bemängelten personellen und technischen Ausstattung der Polizeikräfte ging es um dringend benötigte rechtliche Voraussetzungen und um Abhilfen anderer erkannter Defizite bei der Sicherheitsstruktur des Landes. Zunehmende Flüchtlingsströme, immer neue Kriminalitätsphänomene und eine permanente Überforderung des Öffentlichen Dienstes erzeugten regen Diskussionen über die künftige Gewährleistung von Sicherheit, Freiheit und Bürgerrechten in Baden-Württemberg.

In einer Öffentlichkeitsveranstaltung am Freitag sprach der neugewählte Landesvorsitzende der DPoIG Baden-Württemberg zu den geladenen Gästen. Ralf Kusterer wertete die Anwesenheit des obersten Dienstherrn der Polizei, Herrn Innenminister Reinhold Gall MdL als Auftakt für einen zukünftig engen Meinungsaustausch mit der DPoIG und deren Mandatsträgern.

„Die Polizei verträgt keine weiteren Sparmaßnahmen“, Ralf Kusterer (DPoIG)

Mit einem Blick auf die künftige Entwicklung des Landeshaushalts hielt Kusterer fest, dass die Polizei keine weiteren Sparmaßnahmen mehr vertragen und stattdessen in vielen Bereichen einen erheblichen Nachholbedarf habe. Um die dringend benötigte Abhilfe zu schaffen, bedürfe es neben der Unterstützung durch den Innenminister, auch der Unterstützung durch den Finanzminister, des Ministerpräsidenten und vor allem die Unterstützung aller Fraktionen. Um dem demografisch bedingten Verlust von Wissen und Erfahrungen zu begegnen, braucht es im Polizeibereich besondere Möglichkeiten im Besoldungs- und Laufbahnrecht. Kusterer sieht die richtige politische Lösung in einer eigenständigen Besoldungs- und Laufbahnordnung für die Polizei.

„Sicherheit, Freiheit und Bürgerrechte – ohne uns geht nichts“, DPoIG

Mit überaus deutlichen Worten, forderte Ralf Kusterer die Politik zum Handeln auf. „Versagen oder Handeln, einen Zwischenweg und einen Kompromiss gibt es nicht“, so Kusterer. Wer es nicht schaffe, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, weil er die dafür notwendige Sicherheitsarchitektur mit gut ausgebildetem Personal in erforderlicher Stärke und einer angemessenen Ausstattung nicht schafft, der habe seine politische Aufgabe nicht erfüllt“, so der neu gewählte Landesvorsitzende der größten Polizeigewerkschaft in Baden-Württemberg.

„Menschen die bereit sind, sich selbst in die Luft zu sprengen, lassen sich nicht von Uniformen beeindrucken“, Reinhold Gall (SPD)

Innenminister Reinhold Gall MdL (SPD) bekräftigte, dass Polizei, Landesverwaltung und Ehrenamtliche derzeit einer ungeheuren Belastung ausgesetzt sind. „Die Anschläge von Paris zeigen eine ganz neue Dimension von Terror und Gewalt. Sowohl qualitativ als auch quantitativ.“ Gall forderte eine Gegenüberstellung, ob die Strategie der Politik für die veränderte Strategie der Extremisten ausreichend sei. Er forderte eine durchsetzungsfähige und trotzdem bürgernahe Polizei. Der Gesundheitsschutz der Einsatzkräfte sei dem Innenminister sehr wichtig, weshalb auch in Baden-Württemberg die „Bodycam“ kommen werde, um Gewalt gegen Polizisten von Beginn an abschreckend entgegen zu wirken.

Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der DPoIG, brachte es angesichts den immer wieder zu hörenden Forderungen aus Politikkreisen nach Kennzeichnungspflicht und Vorratsdatenspeicherung auf den Punkt: „Man kann nicht die Polizei an Händen und Füßen fesseln und sich danach beschweren, dass sie nicht schnell genug läuft“.

Der Vorsitzende des Beamtenbundes Baden-Württemberg, Volker Stich betonte die jahrzehntelange gute Zusammenarbeit mit der DPoIG Baden-Württemberg zusammen und dankte insbesondere den früheren DPoIG-Landesvorsitzenden Dieter Berberich und Joachim Lautensack dafür. An die Vertreter der Regierungsfractionen gerichtet bestätigte Stich, dass auch die Vorgängerregierungen der Beamtenschaft, und damit auch der Polizei, harte und viele Opfer abverlangt hätten, jedoch nicht in dieser engen zeitlichen Abfolge. Der Öffentliche Dienst stehe bei der Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs in Konkurrenz mit der Wirtschaft. Exemplarisch forderte Stich die Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung, um auf dem Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben.

„Es darf keine Nachlässigkeit in Sicherheitsfragen geben“, Guido Wolf (CDU)

CDU-Fraktionsvorsitzender Guido Wolf stellte die Frage, ob Polizei, Feuerwehr und andere Sicherheitsorganisationen alles haben, was sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Wolf sprach von purer Erschöpfung der polizeilichen Basis. Zur rechtzeitigen Gewinnung wichtiger Informationen sei es wichtig, auch die Verfassungs-

schutzbehörden zu stärken. Um Defizite zu erkennen und gegenzusteuern, müssten auch manche Felder der Polizeireform kritisch hinterfragt werden.

„Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden“, Claus Schmiedel (SPD)

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel betrachtete den Unterschied zwischen dem Terrorismus der 1970er-Jahre und dem heutigen. Jeder Bürger könne heute wahllos ausgesucht zum Opfer werden. In solchen Zeiten brauche man auch nicht mehr über eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten reden, da diese kein Plus an mehr Sicherheit im Land brächte.

Justizminister a.D. und innenpolitischer Sprecher der FDP, Prof. Dr. Ulrich Goll, sprach zu den Kongressteilnehmern: „Wenn Wirtschaftsunternehmen ihre Strukturen reformieren, dann werden Informationswege verkürzt und Verfahren vereinfacht. Bei der Polizeireform sind die Wege aber weiter geworden.“ Er forderte eine Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Polizei. An den Innenminister richtete Goll die Worte, dass die Schließung von drei Bildungsstandorten wohl keine so gute Lösung waren, wenn nun nicht ausreichend Kapazitäten für die Ausbildung des dringend benötigten polizeilichen Nachwuchses vorhanden seien.

Die Gewährleistung von Sicherheit, Freiheit und Bürgerrechten ist der Polizei des Landes ein Herzensanliegen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft leistet dazu ihren Beitrag und weist in erforderlichem Umfang auf die dafür dringend zu treffenden politischen Entscheidungen hin.

**Erreichbarkeit, Rückfragen und Koordination von Medienanfragen während
des Kongresses über das Tagungsbüro:
Sven Heinz, Tel.: 0151/29181539
presse@dpolg-bw.de**